

Aus: junge Welt vom 8. März 2005

<http://www.jungewelt.de/2005/03-08/003.php>

## **SIEGT BUSH IN BABYLON? Die Antikriegsbewegung und die Hauptwidersprüche des imperialistischen Weltsystems**

*Klaus von Raussendorff*

Der irakische Widerstand appelliert an die Welt: »Wir bitten Euch, eine weltweite Front gegen Krieg und Sanktionen zu bilden. Eine Front, die von den Weisen und Wissenden geleitet wird. Eine Front, die Reform und Ordnung bringt. Neue Einrichtungen, die die jetzigen korrupten ersetzen.« (Erklärung vom 14. Dezember 2004)

Angeblich hat der bewaffnete Widerstand keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Doch aus militärischen Quellen der Besatzer verlautet, daß täglich 80 bis 100 militärische Operationen gegen sie und ihre irakischen Kollaborateure durchgeführt werden. Wie die Guerilla dazu ohne Unterstützung in der Bevölkerung in der Lage sein soll, bleibt das Geheimnis der medialen Meinungsmanipulierer. Tatsächlich hat die irakische Guerilla, die inzwischen von den Besatzern auf 200000 Beteiligte und Helfer geschätzt wird, ein neues und für die Besatzer überraschendes Kapitel in der Geschichte des antikolonialen Häuserkampfes geschrieben. Sie hat demonstriert, daß eine Hightech-Armee einem weit unterlegenen Gegner gegenüber nicht unverwundbar ist, daß auch schwächere Länder dem Militärterror einer Weltmacht nicht hoffnungslos ausgeliefert sind. Nüchterne Analysten gehen davon aus, daß die gigantische Militärmaschinerie der USA derzeit im Irak (und in Afghanistan) so gebunden ist, daß eine militärische Eroberung Irans, Syriens, Saudi-Arabiens oder eines anderen Landes, das auf der Hit-Liste von Pentagon und CIA steht, derzeit unmöglich ist.

In Kuba sowie Venezuela und anderen lateinamerikanischen Ländern, wo eine »prärevolutionäre« Lage herrscht, wird der irakische Widerstand als globale strategische Entlastung aller antiimperialistischen Staaten und Bewegungen eingeschätzt. Wären die Invasoren nicht auf einen generalstabsmäßig vorbereiteten Widerstand gestoßen, hätte die Aufdeckung der geheimdienstfabrizierten Lügen über irakische Massenvernichtungswaffen und Terroraktivitäten wohl kaum monatelang als Skandalgeschichten die Weltmedien beschäftigt. Sie wären sang- und klanglos als peinliche Nebensachen übergangen worden. Abu Ghraib und Falludscha wurden zu Symbolen für den Versuch der Besatzer, durch Kriegsverbrechen großen Stils des irakischen Widerstands Herr zu werden. Der rasante Ansehensverlust der USA in der Völkergemeinschaft wäre ohne den Widerstand im Irak undenkbar. Die patriotischen Kräfte des Irak beschleunigten mit ihrem zivilen und militärischen Widerstand sowohl die Erosion des NATO-Bündnisses als auch die gegenläufige Tendenz der reaktionärsten Kräfte aller Länder, sich einer vereinigten Strategie unter Führung des Zentrums des Weltimperialismus im Interesse der Konzernherrschaft anzuschließen.

### **Irak und der Imperialismus**

Der irakische bewaffnete Widerstand besteht angeblich aus »Saddam-Anhängern«, »islamischen Fanatikern« und »ausländischen Terroristen«. Daß auch Teile der Antikriegsbewegung in diese Falle gegangen sind und dem irakischen Widerstand die Anerkennung als fortschrittlicher Faktor der Weltpolitik verweigert haben, ist bedauerlich, aber nicht überraschend.

Schon Eduard Bernstein meinte vor hundert Jahren, den »Wilden und Barbaren in ihren Kämpfen gegen die vordringende kapitalistische Zivilisation Beistand zu leisten« sei »ein Ausfluß von Romantizismus«. Die »Expansion« der »kräftigen Rassen« sei eine Sache des Fortschritts. Wo »kulturfeindliche« und »kulturunfähige« Völker »sich gegen die Cultur erheben«, müßten sie auch von der Arbeiterbewegung bekämpft werden (zitiert nach Domenico Losurdo: »Lenin, die Herrenvolk democracy und das Schwarzbuch des Kommunismus«, in: Topos, Heft 22 (2003), S. 51-53).

Wie man sieht, ist Huntingtons »Zusammenprall der Kulturen« ein ziemlich alter Hut. Dagegen bestand Lenin »auf dem völligen Bruch mit der barbarischen Politik der bürgerlichen Zivilisation, die den Wohlstand der Ausbeuter in einigen wenigen auserwählten Nationen auf der Versklavung der Hunderte Millionen Werktätigen in Asien, in den Kolonien überhaupt und in den kleinen Ländern begründete.« (LW 26, 425). An diesem Punkt kam und kommt es seither immer wieder zum Bruch zwischen der revolutionären Richtung der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie. Nach Lenin »muß die Einteilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte den Zentralpunkt in den (kommunistischen) Programmen bilden, da diese Einteilung das Wesen des Imperialismus ausmacht und von den Sozialpatrioten ... verlogenerweise umgangen wird«. Zwar sei diese Einteilung nicht wesentlich »vom Standpunkt des bürgerlichen Pazifismus oder der kleinbürgerlichen Utopie der friedlichen Konkurrenz der unabhängigen Nationen unter dem Kapitalismus«. Doch »vom Standpunkt des revolutionären Kampfes gegen den Imperialismus« sei sie eben das Wesentliche. »Aus dieser Einteilung folgt«, so Lenin, »unsere konsequent demokratische, revolutionäre, der allgemeinen Aufgabe des sofortigen Kampfes für den Sozialismus entsprechende Auffassung vom ›Selbstbestimmungsrecht der Nationen«« (LW 21, 416-17).

### **Widerstand eines ganzen Volkes**

In dieser Konstellation des Widerspruchs zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen war die national-demokratische Bourgeoisie des Irak seit der antikolonialistischen Revolution von 1958 gezwungen, eine tendenziell antiimperialistische Haltung einzunehmen. Sie tat dies aufgrund des eigenen Klasseninteresses an der exklusiven Ausbeutung der Natur-schätze und Werktätigen des eigenen Landes. Zwar kam es bei Zuspitzung innerer Klassenkämpfe und im Zuge irakischen regionalen Vormachtstrebens zu zeitweiliger taktischer Kooperation mit dem Imperialismus. Doch in der Dynamik der Hauptwidersprüche des imperialistischen Weltsystems war der Irak stets ein objektiv antiimperialistischer Faktor.

Die westlichen Medien schildern den irakischen Widerstand als einen terroristischen Unruheherd. Sie ignorieren die vielen Streiks, Demonstrationen, Beschwerden, öffentliche Kritik und sonstigen Protestaktionen. Sie verhängen eine rigorose Nachrichtensperre über die programmatischen Erklärungen zur Befreiung des Landes. Statt dessen berichten sie nahezu ausschließlich von zivilen Opfern und von Entführungen sowie von spektakulären terroristischen Akten, die der Guerilla eher schaden als nützen, und deren Urheber im objektiven Interesse der Besatzer agieren.

Unter dem Einfluß der bürgerlichen Propaganda scheiden sich die Geister der Linken an der Frage, welche Kräfte die Voraussetzungen schaffen, unter denen der Irak seine Souveränität und Selbstbestimmung zurückgewinnen kann. Man könne doch nur, so heißt es, solche Kräfte unterstützen, die »einen emanzipatorischen, demokratischen und zivilen Ansatz haben«. Dabei verlangt der Widerstand von den westlichen Bewegungen überhaupt nicht, daß sie die Fahne dieser oder jener Gruppierung im Irak schwingen. Interventionismus ist auch auf En-

gelsflügeln westlicher Friedensbewegter nicht gefragt. Erwartet wird eine größtmögliche Druckentfaltung in den imperialistischen Zentren mit der Forderung nach sofortigem und bedingungslosem Rückzug der Truppen. Erwartet wird, daß die Antikriegsbewegung nicht ausgerechnet denen, die im Irak einen permanenten ethnischen Konflikt als »föderales« Prinzip einführen wollen und ihre Kollaborateure gegen die patriotische Bevölkerung aufrüsten, die Heuchelei abnehmen, ein Truppenabzug würde den Irak in einen Bürgerkrieg stürzen. Und auch eine Ersatzlösung unter UNO-Flagge darf nicht akzeptiert werden. Die Frage ist nicht, ob Aktivisten der Friedensbewegung diese oder jene politische Kraft im Irak begrüßen oder verurteilen. Die Friedensbewegung sollte sich der Tradition der Solidarität mit nationalen Befreiungskämpfen besinnen und anerkennen, daß die Vertreibung der imperialistischen Gewaltherrscher die primäre Voraussetzung für jegliche Art von positiver gesellschaftlicher Entwicklung ist.

### **Patriotische Strömung**

Nach der US-Invasion wurde der alte Staatsapparat zerschlagen. Hunderte irakische Intellektuelle wurden gezielt von Killerkommandos ermordet. Die Baath-Partei wurde verboten. Doch der Versuch, sie auszurotten, scheiterte. Die Besatzer und ihre Kollaborateure hatten sich verschätzt. Der irakisch-arabische Patriotismus ist in der Bevölkerung tief verwurzelt. Der Nationalismus ist neben dem Islam und dem Sozialismus eine der drei politischen Hauptströmungen, welche die Geschicke des modernen Irak immer schon bestimmt haben. Die Kriegsplaner im Pentagon konnten oder wollten nicht sehen, daß sich die irakische Gesellschaft und das Verhältnis zwischen Herrschern und Beherrschten durch den nationalen Überlebenskampf unter dem völkermörderischen Embargo tiefgreifend verändert hatten. Das Regime versuchte, die patriotischen Potenzen in der Religion und in den Stammesstrukturen zu nutzen. Eine Öffnung hin zu einem Mehrparteiensystem war vorbereitet worden. Man übersah im Westen, daß patriotische Kräfte des alten Regimes den bewaffneten Widerstand generalstabsmäßig vorbereiteten. Nach der Invasion hatten die Besatzer und ihre Kollaborateure zur Kenntnis zu nehmen, daß professionelle Militärs und Sicherheitskräfte des alten Staatsapparats sowie Milizen der Baath-Partei das Rückgrat des militärischen Widerstandes bildeten. Die Baath-Partei hat sich allem Anschein nach in der Illegalität neu formiert. Ihrem Vorsitzenden Izzat Ibrahim Al Douri, dem ehemaligen Stellvertreter Saddam Husseins im Nationalen Revolutionsrat, wird von sachkundigen Beobachtern wie Scott Ritter, einem ehemaligen Offizier der US-Marines und UN-Waffeninspekteur im Irak, die Rolle eines Koordinators des gesamten Widerstands zugeschrieben. Auch der Widerstand religiöser Gruppen wie der Milizen der Mahdi-Armee des radikalen schiitischen Predigers Muqtada Al Sadr soll von ehemaligen Offizieren organisiert und angeleitet sein. Die Baath-Partei ist traditionell laizistisch und immer noch das stärkste Bollwerk gegen einen klerikalen Staat und gegen Konfessionalisierung und regionale Zersplitterung, also jene »Segnungen«, die von den »Befreiern« im Namen der westlichen Zivilisation erst eingeschleppt wurden.

### **Programm des Widerstands**

»Für die Zeit unmittelbar nach dem Abzug der Invasoren und der Befreiung des Irak rufen wir auf zur Wiederkehr des Staates in all seinen souveränen nationalen Organisationsformen und zur Rückkehr der Armee als einer einzigen nationalen Einrichtung, wie sie vor dem 9. April 2003 bestand«, heißt es in dem Manifest des Vereinigten Nationalen Rates des Irakischen Widerstands vom 21. April 2004. Danach soll eine Übergangsregierung für zwei Jahre die Aufgabe haben, »die Wunden zu heilen und jenen in der Bevölkerung zu helfen, die am mei-

sten gelitten haben«. Sie soll »die staatlichen Verwaltungsstrukturen und ihre lebensnotwendigen Dienstleistungen« wieder aufbauen. Sie soll ferner innerhalb von zwei Jahren Wahlen für einen neuen Nationalrat organisieren sowie eine Beratende Versammlung »aus 150 als weise und ehrenhaft bekannten Mitgliedern« unter »loyalen Irakern« auswählen. Diese Beratende Versammlung soll insbesondere mit dem Ministerrat an der Ausarbeitung einer endgültigen Verfassung für das Land teilhaben. Nach deren Verabschiedung soll die gewählte Versammlung und die Beratende Versammlung zusammentreten, »um den Präsidenten der Republik und den Vizepräsidenten für fünf Jahre zu wählen«. Endgültig soll die Bevölkerung durch ein allgemeines Referendum entscheiden, »bei dem der Kandidat 60 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten muß«.

## **Nationalisten und Kommunisten**

Der Imperialismus profitiert im Irak davon, daß die Irakische Kommunistische Partei in Machtkämpfen mit der Baath-Partei 1963, 1968 und Ende der 70er Jahre unterlag und schwere Verluste hinnehmen mußte. Die Niederlagen der irakischen Kommunisten gingen der Zerstörung der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten in Europa um Jahrzehnte voraus. Während es in der UdSSR noch viele Jahre dauerte, bis Gorbatschow und seine Clique es wagen konnten, offen die Restauration des Kapitalismus zu betreiben, erlitten die Kommunisten im Irak 1963 (wie auch in Indonesien 1965) eine Niederlage, von der sie sich nie wieder ganz erholten. Wenn nun nach der kolonialistischen Rückeroberung des Irak die Führung der Irakischen Kommunistischen Partei im »Regierungsrat«, in der Allawi- »Regierung« und nun im »Parlament« von Besatzers Gnaden mit dabei ist, dann ist dies ebenso wie Gorbatschows Perestroika nur der Tief- und Endpunkt eines nicht zwangsläufigen, aber kontinuierlichen Niedergangs.

Im medialen Dunst der Verteufelung des Baath-Regimes wird den irakischen Kommunisten heute auch angekreidet, daß sie 1973 ein Bündnis der »Nationalen Front« mit den Nationalisten schlossen. Es sei falsch gewesen, daß die irakischen Kommunisten »aufgrund der strategischen Interessen der UdSSR gezwungen« wurden, »die Baath-Partei als Bündnispartner zu akzeptieren und in die Regierung einzutreten« (Brigitte Kiechle: »Irak – Vergangenheit Gegenwart Zukunft, mit dem Maßstab der Freiheit«; Stuttgart 2003, S.36). Doch strategische Bündnisse zwischen Nationalisten und Kommunisten waren in allen Befreiungsbewegungen ein Element der Stärke und des Erfolges. Die Einheitsfrontpolitik war nicht grundsätzlich falsch. Verhängnisvoll war, daß diesem Bündnis im Irak die organisatorische Eigenständigkeit der Kommunisten geopfert wurde. Dieser »Kurswechsel«, so wird behauptet, habe in den 70er Jahren stattgefunden. Und er sei mit der Theorie des »nichtkapitalistischen Entwicklungsweges« gerechtfertigt worden (ebenda). An dieser »Theorie« war durchaus nicht falsch, daß sie davon ausging, daß in vielen Ländern der Dritten Welt wie im Irak ein radikales Kleinbürgertum und eine nationale Bourgeoisie vorhanden waren, die ihre Klasseninteressen gegen Neokolonialismus und Imperialismus verteidigten.

Richtig war auch, daß die Existenz eines mächtigen sozialistischen Lagers zu einer fortschrittlichen Veränderung der globalen Kräfteverhältnisse geführt hatte. Unwissenschaftlich war diese »Theorie«, weil sie die historische Mission der Arbeiterklasse bei der Überwindung des Kapitalismus für bestimmte Länder als nicht relevant unterstellte. Damit sollte gerechtfertigt werden, daß die kommunistischen Parteien in einem strukturellen Bündnis mit den »revolutionären Demokraten« ihre organisatorische Eigenständigkeit aufgaben und in einer nationalen Avantgarde-Front aufgingen. Dieser Ideologisierung ging die zu rechtfertigende Politik voraus. Der Irak ist ein besonders tragisches Beispiel.

Die irakischen Kommunisten hatten im Jahre 1959, wie sie später selbst einschätzten, die realistische Chance, die Macht zu übernehmen. Doch Chruschtschow schickte einen Sondergesandten. Er sollte die Kommunisten veranlassen, das Kassem-Regime nicht zu destabilisieren. Moskaus vordringliche Sorge war, daß ein kommunistischer Sieg in Bagdad die diplomatischen Beziehungen der Sowjetunion zu Nasser und dem arabischen Nationalismus kompromittieren würde. Einige der irakischen Führer, die sich nach den blutigen Verfolgungen 1963 ins Exil nach Prag gerettet hatten, unternahmen 1967 eine schmerzhaft Selbstkritik.

## **Front und Pol**

Der Ruf aus dem Irak nach einer Weltfront gegen Krieg und Sanktionen ist von höchster Dringlichkeit. Invasion und Besatzung im Irak sind Teil des Weltherrschaftsprogramms der »präemptiven Militärschläge«, des »Regimewechsels« und des »Kampfes der Freiheit gegen die Tyrannei«. Der Irak ist nur ein Glied in einer Kette imperialistischer Gewalt. Mit Bush/Cheney ist in den USA eine Regierungsmannschaft an die Macht gekommen, welche die reaktionärsten Kräfte der Monopolbourgeoisie repräsentiert. Sie ist nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zu einer offen aggressiven, offen terroristischen Politik übergegangen, deren hegemoniale Ziele vom gesamten politischen und wirtschaftlichen Establishment der USA unterstützt werden. Die Methoden dieser Politik sind Lüge und Täuschung, Angriffskrieg, verdeckte terroristische Operationen, Internierungslager, systematische Folter. Aber auch in den USA und anderen imperialistischen Staaten erodiert die bürgerlich-demokratische Staatsform in bedrohlicher Weise. Es steht viel auf dem Spiel. Ob Bush in Babylon siegt oder nicht, wird die globale Politik so oder so nachhaltig verändern.

Die Antikriegsbewegung hat eine größere Massenmobilisierung und einen höheren Grad internationaler Koordination bewirkt. Aber sie hat bisher noch keinen permanenten Charakter angenommen. In den Protestbewegungen entwickeln sich deutlicher als bisher die Widersprüche zwischen den reformistischen und opportunistischen Kräften der Anpassung an die supranationalen Machtstrukturen und an den Interventionismus der »zivilisierten Welt« und solchen Kräften, die in mehr oder minder starkem Maße die Notwendigkeit radikaler Lösungen, Ziele und Kampfforderungen vertreten. Auch in den gewerkschaftlichen und sozialen Kämpfen tritt der Unterschied zwischen der Linie der »Sozialpartnerschaft« und der Linie des klassenorientierten Kampfes stärker in Erscheinung. Die nationale Arena ist und bleibt der Hauptschauplatz aller fortschrittlichen Kämpfe, wie der irakische Widerstand erneut bewiesen hat. Damit alle diese Tendenzen eine einheitliche Front bilden und zu einem einflußreichen gesellschaftlichen Faktor werden können, müssen die antiimperialistischen, antimonopolistischen, demokratischen Kräfte in diesen Bewegungen einen Impulse gebenden Pol bilden.

*\* Der Autor ist Mitorganisator der Irak-Konferenz »Besatzung–Widerstand–Internationale Solidarität« am 12. März in Berlin. Die Veranstaltung findet von 10 bis 19 Uhr im Hendrik-Kraemer-Haus, Interreligiöses Zentrum Jerusalem, Lindenstraße 85, 10969 Berlin (Nähe U 6 Kochstraße) statt. Weitere Informationen: [www.irakkonferenz.de](http://www.irakkonferenz.de)*